

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

A photograph of a hand holding a dark blue telephone receiver over a desk phone. The phone has a numeric keypad and several function buttons. A yellow sticky note is attached to the phone with handwritten text in German. The background shows a wooden desk with some papers.

**ver.di fordert:
Schluss mit dem
Telefonstress**

Schluss mit dem Telefonstress

ver.di fordert eingeschränkte telefonische Sprechzeiten



Die Sonne lacht am blauweißen Himmel, unten auf dem Marktplatz liegt noch der letzte Schnee, die Marktstände werden gerade dekoriert, während oben im dritten Stock des Finanzamtes Neustadt (*Name von der Redaktion geändert*) auf dem Festsetzungsplatz

konzentrierte Ruhe herrscht. Allein das Klappern der Tastatur und das Rascheln von Papier sind zu hören, hin und wieder unterbrochen durch ein leises Gespräch unter den KollegInnen auf diesem Arbeitsplatz.

Das können Sie sich so nicht vorstellen? Es ist aber Realität in vielen deutschen Finanzämtern. Während in Berliner Finanzämtern rund um die Uhr das Telefon klingelt und oft konzentrierte Arbeit fast unmöglich macht, haben Steuerverwaltungen anderer Bundesländer seit langem auch die Zeiten der telefonischen Erreichbarkeit eingeschränkt. Hier läuft beispielsweise folgende Bandansage: „Sie rufen außerhalb unserer Sprechzeiten an. Sie erreichen uns in der Zeit von ...“

In Berlin ist es nahezu unmöglich, einen komplizierten Steuerfall ohne unzählige Störungen zu bearbeiten. Alle bisherigen Vorschläge, für mehr Ruhe in den Büros zu sorgen, wurden mit dem Hinweis auf die Bürgerfreundlichkeit vom Tisch gewischt. Bürgerfreundlich heißt für die politisch Verantwortlichen und die Verwaltungsspitze schlicht, immer und zu jeder Zeit erreichbar zu sein. Während beim Senator oder den Staatssekretären das Telefon niemals direkt läutet, sondern stets das Vorzimmer alle Telefonate abfängt, läuten auf den Arbeitsplätzen in den Berliner Finanzämtern häufig drei Telefone gleichzeitig. Die moderne Kommunikations-

technologie macht es zudem möglich, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht nur durch endloses Klingeln, sondern sicherheitshalber auch noch durch Hinweistöne zusammenschalteter Apparate genervt werden.

Diese oft unerträgliche Lärmbelästigung führt tatsächlich nicht zu mehr Bürgerfreundlichkeit. Vielmehr führt sie zu Stress, denn Lärm macht – wie arbeitsmedizinisch längst erwiesen ist – krank. Gestresste KollegInnen sollen telefonische Auskünfte erteilen, während gleichzeitig die aufgeschlagene Akte eines anderen Falles vor ihnen liegt und sie die Abfrage des dritten Falles aus dem PC anstrahlt, für den leider der notwendige Vermerk noch nicht geschrieben werden konnte. Die Neuorganisation in den Finanzämtern und der damit einhergehende Personalabbau haben diese Alltagssituation in den letzten Jahren noch erheblich verschärft.

Andere Bundesländer haben mit eingeschränkten Zeiten für die telefonische Erreichbarkeit gute Erfahrungen gemacht. Die Arbeitsergebnisse werden zweifelsfrei besser und letztlich auch schneller und damit rationeller erzielt, wenn Zeiten für ungestörtes Arbeiten ermöglicht werden. Und die Qualität der Telefongespräche mit den Steuerpflichtigen verbessert sich ebenso, wenn klar ist, wann für diese Arbeit Zeit ist. Für die Steuerbürger ist es gar kein Problem, sich darauf einzustellen. Den Auskunftssuchenden ist es nämlich zweifelsfrei lieber, zu festgelegten Zeiten zuverlässig besetzte Telefone und kompetente GesprächspartnerInnen mit Zeit für die Anliegen anzutreffen, als rund um die Uhr zu versuchen, irgend jemanden an die Strippe zu bekommen.

ver.di hat nun einen erneuten Vorstoß unternommen, die Probleme aufgezeigt und die Senatsverwaltung für Finanzen aufgefordert, im Interesse der Beschäftigten eine andere Richtung einzuschlagen und die Zeiten der telefonischen Erreichbarkeit deutlich einzuschränken. In den übrigen Zeiten sollte dann eine Bandansage geschaltet werden, in der die Steuerpflichtigen auf die neuen Sprechzeiten und die Gründe dafür hingewiesen werden.

Fremdwort Wertschätzung

Die Senatsverwaltung für Finanzen bleibt ihrer Linie treu. Zeichen von Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen sind weiterhin nicht zu erkennen. Das war es, was sich ver.di zum Jahreswechsel für die Beschäftigten gewünscht hätte. Endlich, mehr als ein Jahr nach der Ankündigung, hat der Berliner Senat das Haushaltswartejahr fallengelassen und eröffnet so die Möglichkeit schnellerer Beförderungen. Doch erst am 30. Dezember 2008 verkündete er die geänderte Regelung offiziell und machte so die Vergabe der Urkunden im alten Jahr fast unmöglich. Einige Verwaltungen schafften es dennoch, die Urkunden am 30. Dezember mit Wirkung vom 31. Dezember auszuhändigen. Aber das geht eben nur mit gutem Willen und

dem Wunsch, die spärlichen Möglichkeiten der Motivation auch auszuschöpfen. Kein Thema für die Senatsverwaltung für Finanzen. Wenn etwas zuungunsten der Beschäftigten gestaltet werden kann, wenn Regelungen existieren, die Verbesserungen verhindern, Erleichterungen beschränken oder Verschlechterungen ermöglichen, SenFin wird sie schon aufspüren. Das gilt für den Umgang mit dem Wegfall des Haushaltswartejahres ebenso wie für die Verhinderung der Arbeitszeiterhöhung für Teilzeitbeschäftigte. Bemerkenswert ist, dass Opfer dieser mangelnden Wertschätzung in unserer Verwaltung vor allem Kolleginnen und Kollegen sind, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____
Vorname _____ Titel _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ _____ Wohnort _____
Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____
Telefon (privat/dienstlich) _____
E-Mail _____
Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____
Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____
Vorname _____
Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug
 monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.
Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



Einstellungskorridor ausschöpfen!

Die Gewerkschaft ver.di hat den Personalmangel in den Finanzämtern und die zu geringe Zahl der Neueinstellungen in 2008 in der Presseerklärung vom 17.11.08 kritisiert. Auch 2009 wird dieser finanzpolitische Skandal nicht vergessen sein. Wir werden mit dem neuen Finanzsenator umgehend das Gespräch suchen.

Jedes Jahr wieder müssen wir uns hartnäckig für die Beibehaltung und Umsetzung des Einstellungskorridors für Nachwuchskräfte einsetzen. Der Senat hat für 2008 und 2009 einen Einstellungskorridor für jeweils 100 Nachwuchskräfte beschlossen. Leider hält sich der Senat nicht an seine Vorgaben: letztes Jahr wurden nur 72 KollegInnen übernommen.

Jede und jeder Einzelne von ihnen wird in den Finanzämtern dringend gebraucht, denn es verlassen jedes Jahr 150 bis 180 KollegInnen die Finanzämter. Wir werden also auch bei voller Berücksichtigung des Einstellungskorridors immer weniger, die zu erledigende Arbeit aber nicht,

wie wir in den Finanzämtern wissen. ver.di fordert deshalb die Senatsverwaltung für Finanzen auf, den Einstellungskorridor in 2009 voll auszuschöpfen.

Es muss außerdem mal festgestellt werden, dass die einzustellenden KollegInnen gut und teuer ausgebildet wurden und ihre Prüfung mit guten Noten bestanden haben. Es ist daher überhaupt nicht einzusehen, warum sich der Senat nicht an seine eigenen Vorgaben hält, sondern den jungen Leuten keine Perspektive in unserer Steuerverwaltung bietet.

Auch wenn es ein mühsames Geschäft ist: **Wir bleiben für Euch dran.**

Wahlerfolge für ver.di



Die Personalratswahlen in den Berliner Finanzämtern sind aus ver.di-Sicht gut gelaufen. Viele KollegInnen haben zu unserem Wahlerfolg beigetragen. Diesem gemeinsamen Einsatz unseres starken Teams ist es zu verdanken, dass wir im Gesamtpersonalrat weiterhin die Mehrheit stellen und Klaus Wilzer der GPR-Vorsitzende bleibt. Die ver.di-KandidatInnen der Beamtenliste mit ihrem Spitzenkandidaten Klaus-Dieter Gössel konnten zwei Beamtsitze hinzugewinnen.

ArbeitnehmerInnen	ver.di	DSTG
Stimmen	723	397
In Prozent	64,6	35,4
Sitze	3	2
BeamtenInnen	ver.di	DSTG
Stimmen	1869	1986
In Prozent	48,5	51,5
Sitze	9	9
Sitze gesamt	12	11

Auch bei der Wahl zur Gesamtfrauenvertreterin haben die ver.di-Kandidatinnen einen großen Erfolg erzielt.

Zur neuen Gesamtfrauenvertreterin wählten die Frauen Susanne Bewersdorf. 1424 Kolleginnen schenken ihr das Vertrauen, das sind 46,7%. Zur ersten Stellvertreterin wurde Petra Preuß mit 918 Stimmen (30,1%) gewählt.

ver.di fordert:

Bessere Chancen für Angestellte

Ausschreiben statt abschreiben

Bisher hat sich die Senatsverwaltung für Finanzen eher dadurch ausgezeichnet, Angestellte in der Steuerverwaltung abzuschreiben, vor allem dann, wenn die jährlichen Stellenabmeldungen an der Reihe waren. Denn dann waren es vor allem Angestelltenstellen, die auf der Streichliste von SenFin standen.

ver.di hat sich stets gegen diese einseitige Personalpolitik ausgesprochen und bessere Perspektiven für Angestellte in der Steuerverwaltung gefordert. So konnten wir erreichen, dass die Angestelltenlehrgänge beibehalten wurden und niemand, der an einem solchen Lehrgang teilgenommen hat, zum Überhang gemeldet und gar in den Stellenpool versetzt wurde. Und wir konnten häufig auch die Höhergruppierung von Angestellten, die am Lehrgang teilgenommen haben, durchsetzen.

SenFin hat jetzt erklärt, ab sofort die Ausschreibung aller freien Angestelltenstellen vorzunehmen. Das ist rechtlich nicht zu beanstanden. Hierbei darf es aber nicht zu Verzögerungen bei Auswahlen und Stellenbesetzungen kommen. Es muss ein Auswahlverfahren gefunden werden, bei dem nach nachvollziehbaren und transparenten Kriterien unter Einbeziehung der Personalräte die Entscheidung über eine Stellenbesetzung getroffen wird. Das heißt, einen Leistungsvergleich der BewerberInnen zu ermöglichen, der weder ein zeitaufwändiges Verfahren voraussetzt, noch Angestellte als Beschäftigte zweiter Klasse benachteiligt. Vor allem heißt es aber auch, künftig alle ausschreibbaren Angestelltenstellen nicht auf die Streichliste zu setzen, sondern sich ernsthaft um Perspektiven für Angestellte zu bemühen.

Klaus Wilzer, GPR-Vorsitzender, im Interview

vau: Die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Finanzämter haben Dich wieder zu ihrem GPR-Vorsitzenden gewählt. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Wahlerfolg.

Klaus Wilzer: Vielen Dank, aber dieser Erfolg hat viele Gesichter und gehört nicht einem Einzelnen. So etwas kann nur gelingen, wenn Erfahrene und Neue gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Mischung macht's eben!

vau: Das war ja auch einer Eurer Wahlslogans. Aber was bedeutet das für die GPR-Arbeit der nächsten Jahre?

KW: Der neuen ver.di-Fraktion im GPR gehören nun auch drei junge Kolleginnen und Kollegen unter 30 Jahren an, die für frischen Wind und eine neue Sichtweise sorgen werden. Zusammen mit den erfahrenen GPR-Mitgliedern werden sie die Richtung bestimmen.

vau: Was wird Euch im GPR in nächster Zeit beschäftigen? Nenne doch mal drei Schwerpunkte.

KW: EOSS, die hohe Arbeitsbelastung und die

mangelnde Wertschätzung. Die Verwaltung muss endlich die EOSS-Probleme in den Griff bekommen und offen und ehrlich zugeben, was nicht richtig funktioniert. Es kann doch nicht angehen, dass beispielsweise die persönlichen Einstellungen bei jedem Update verschwinden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen endlich wieder in Ruhe arbeiten. Dazu gehört aber auch eine sinnvolle Personalpolitik. Alle Abgänge müssen auch ersetzt werden. Das heißt ausreichend ausbilden und übernehmen.

vau: Und eine bessere Wertschätzung, wie kann das gehen?

KW: SenFin, aber auch einzelne Vorsteher lehnen berechnete Anliegen der Beschäftigten lieber aus formaljuristischen Gründen ab, statt ihren Handlungsspielraum im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen voll auszuschöpfen. Das würde die Motivation und damit auch die Gesundheit fördern. Von einer besseren Wertschätzung hätten also alle was.



Neues im Beamtenrecht

Änderungen zum 1.4.2009 in Kraft getreten

Das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) vom 17.6.2008 tritt für Berlin ab 1.4.2009 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Länder ergänzende Landesregelungen in Kraft setzen. Das geschieht in Berlin durch das Dienstrechtsänderungsgesetz (DRÄndG), wodurch das bisherige Landesbeamtengesetz völlig neu gefasst und unter anderem auch das Laufbahnrecht erheblich verändert wird. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat das DRÄndG am 5.3.2009 beschlossen.

Welche wesentlichen Änderungen sind nun vorge-sehen?

Die bisherige Altersgrenze von 27 Jahren für die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit entfällt. Voraussetzung für die Ernennung auf Lebenszeit ist die Bewährung in einer Probezeit. Spätestens nach fünf Jahren ist der Beamte oder die Beamtin auf Lebenszeit zu ernennen.

Nach der Neufassung des Berliner Laufbahngesetzes (§ 13 LfbG) beträgt die regelmäßige Probezeit einheitlich drei Jahre. Die Zeit einer dem übertragenen Amt entsprechenden Tätigkeit soll angerechnet werden. Dabei darf aber eine Mindestprobezeit von 18 Monaten nicht unterschritten werden. Eine anderweitige Verkürzung ist nun nicht mehr möglich, eine Verlängerung nur um bis zu zwei Jahre.

Beamtenverhältnis zur Anstellung (z. A.) wird abgeschafft: Das BeamStG sieht vor, dass mit der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe gleichzeitig ein Amt verliehen wird. Das bedeutet, dass alle bisherigen BeamtInnen zur Anstellung (z. A.) zum 1.4.2009 entweder Beamte auf Probe mit der Eingangsamtsbezeichnung (also ohne z. A.) werden oder sofort zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden müssen (§ 39a LfbG). Wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen LfbG Beamtin oder Beamter auf Probe war, ist auf Lebenszeit zu ernennen, wenn die bisherige laufbahnrechtliche Probezeit erfolgreich abgeschlossen wurde und das Beamtenverhältnis auf Probe mindestens drei Jahre bestanden hat oder das 27. Lebensjahr bereits vollendet ist. Beim Wegfall des z. A. wird es aber keine Ernennungsurkunde zum Beamten oder zur Beamtin auf Probe geben; es erfolgt nur eine schriftliche Mitteilung.

Eine Beförderung in der neuen dreijährigen Probezeit und im ersten Jahr nach ihrem Ende ist nicht möglich. Ausnahmen im ersten Jahr nach Beendigung der Probezeit sind berücksichtigungsfähige Zeiten eines Nachteilsausgleichs (Grundwehrdienst, Zivildienst) und das durchgängige Erbringen von Leistungen während der Probezeit, die die Anforderungen übertreffen (Gesamteinschätzung A oder B).

Wir konnten hier nur auf einen Teil der Änderungen eingehen. Wer mehr erfahren will, sollte sich auf der Intranetseite der Senatsverwaltung für Inneres und Sport das Rundschreiben 23/2009 ansehen.

ver.di fordert Besoldungsangleichung auch in Berlin:

ver.di-Beamte übergeben Gesetzentwurf und Unterschriften

Die in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) organisierten Beamtinnen und Beamten fordern die Übernahme des Tarifergebnisses für die Arbeitnehmer des Landes in Höhe von monatlich 65,- Euro ab Juni 2009. Dazu wurden mehrere tausend Unterschriften in den Dienststellen des Landes Berlin gesammelt und ein entsprechender Gesetzentwurf zur Besoldungserhöhung vorbereitet. Beides wurde am 17.2.09 in einem Gespräch dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, Michael Müller, sowie dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linken, Wolfgang Albers, überreicht. An dem Gespräch nahmen VertreterInnen des HPR, BeamtInnen aus dem Justizvollzug, der Feuerwehr, der Bezirks- und Senatsverwaltungen teil.

Der Vorsitzende des ver.di-Beamtenausschusses, Uwe Januszewski, erklärte im Gespräch: „Die Anhebung der monatlichen Besoldung ist dringend notwendig, gerade weil die Preissteigerungen die unteren Besoldungsgruppen besonders hart treffen. Dies gilt auch für die Versorgungsempfänger, die mit der Mindestversorgung auskommen müssen.“

Der von ver.di vorgelegte Gesetzentwurf sieht neben der Besoldungserhöhung auch vor, dass die obersten Besoldungsgruppen einschließlich der Senatsmitglieder von der Erhöhung ausgenommen werden. Der Entwurf beinhaltet, dass Beamtinnen und Beamte die Erhöhung auf Antrag auch in freie Tage umwandeln können.

Beide Fraktionsvertreter wiesen auf die besondere Situation des Landes hin, zeigten Verständnis für das Anliegen und sagten zu, über den Gesetzentwurf in den Fraktionen zu beraten.

„Weg vom Einzelkämpfer und hin zu einer Unterstützungskultur“

Mit der Beratungsfirma Sujet begleiten Michael Gümbel und Sonja Nielbock seit Mitte 2007 das ver.di-Projekt „Gender/Stress – Geschlechterrollen und Psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ im Finanzamt Mitte/ Tiergarten. Jetzt liegen erste Ergebnisse auf dem Tisch. Anlass für ein Interview mit Michael Gümbel. Michael wohnt in Hamburg und befasst sich in seiner Arbeit u. a. mit Forschungen, Seminaren und Beratungen in den Themenbereichen Gleichstellung und Gesundheit.

vau: ver.di und die Hans-Böckler-Stiftung geben viel Geld aus, um den Zusammenhang zwischen Geschlechterrollen und psychischen Belastungen in der Arbeitswelt zu erforschen. Wie seid Ihr auf dieses Thema gekommen und warum habt Ihr gerade die Berliner Steuerverwaltung ausgewählt?

MG: Die Gesundheit der arbeitenden Menschen ist ein klassisches gewerkschaftliches Thema – und da geht es eben auch um psychische Belastungen und Stress. Es war klar, dass sich das bei Frauen und Männern unterschiedlich auswirkt, aber dazu gab es bisher fast keine Forschung. Über den Kontakt zu Jörg Bewersdorf aus dem Finanzamt Spandau und den Bereich Genderpolitik bei ver.di sind wir dann an die Berliner Steuerverwaltung gelangt. Das ist für uns gerade deshalb interessant, weil hier nicht so klar ist, ob es eigentlich ein „typischer Männerjob“ oder ein „typischer Frauenjob“ ist.

vau: Und wie konntet Ihr die Verantwortlichen bei der Senatsverwaltung für Finanzen und im Finanzamt Mitte/Tiergarten von der Teilnahme überzeugen?

MG: In Berlin stehen Geschlechtergleichstellung und das Gesundheitsmanagement auf der politischen Tagesordnung. So haben wir in der Senatsverwaltung für Finanzen bis hin zur Staatssekretärin Unterstützung gefunden. Und auch der Personalrat und der Vorsteher im Finanzamt Mitte/Tiergarten zeigten sich aufgeschlossen für dieses Projekt, das beide Themenbereiche miteinander verknüpft. Mit dem Thema Gleichstellung tun sich zwar immer noch viele schwer, beim Thema Gesundheit sorgt aber allein schon der unglaublich hohe Krankenstand in den Ämtern für die Bereitschaft, neue Wege zu gehen.

vau: Jetzt liegen erste Ergebnisse auf dem Tisch. Wo siehst Du die wesentlichen Ansatzpunkte und Handlungsmöglichkeiten?

MG: Das Geschlechterbild in der Gesellschaft und damit auch in den Finanzämtern hat sich wenig geändert. Frauen müssen nach wie vor beweisen, dass sie genauso gut sind wie Männer. Und Männer dürfen keine Schwächen zeigen, keine Unsicherheiten und keine Angst, z. B. im Umgang mit schwierigen Steuerpflichtigen. Da braucht es einen Kulturwandel: Weg vom eher männlichen Bild des Einzelkämpfers und hin zu einer als weiblich unterstellten Unterstützungskultur, in der alle auch mal Fehler machen dürfen. Wir haben in Mitte/Tiergarten mit Beschäftigten und Führungskräften einige Probleme genauer analysiert und gute Lösungsansätze entwickelt, die teilweise vor Ort umgesetzt werden können, aber auch bis auf die Ebene der Senatsverwaltung reichen. So ist die Empfehlung etwa, das Verhältnis zwischen den Zielvorgaben und der Realität sowie das Beurteilungswesen auf den Prüfstand zu stellen. Das sind aber natürlich nur erste Ansätze, so ein Projekt ist immer nur ein kleiner Anfang.

vau: Und wo bleibt da der Geschlechteraspekt?

MG: Ohne die Geschlechterperspektive in den Interviews wären bestimmte Themen viel schwerer auf den Tisch gekommen. Es sah anfangs so aus, als hätten nur Frauen ein Problem mit schwierigen Steuerpflichtigen, bis sich einige Männer aus der Deckung wagten und davon berichtet haben, dass es für sie auch schwierige Situationen gibt. Das wird nach unserer Erfahrung sonst kaum thematisiert. Oder: Uns wurde erzählt, dass die beruflichen Perspektiven für Männer sehr schlecht seien. So fragten wir, wie es denn für Frauen ist, und: Da ist die Situation genau genommen viel schlechter. Die Frage nach dem anderen Geschlecht hat dazu geführt, dass über Schwierigkeiten gesprochen werden konnte, die man für sich selbst lieber nicht sehen will oder die sonst nicht so ernst genommen werden.

vau: Wie soll es mit dem Projekt jetzt weitergehen?

MG: Das Projekt geht dem Ende zu. Jetzt müssen die Impulse aufgenommen und eigenständig fortgeführt werden. Im Finanzamt Mitte/Tiergarten gibt es auf allen Ebenen viel Motivation, dies zu tun – da bin ich ganz optimistisch, dass es gelingt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse auch in der Senatsverwaltung für Finanzen und in anderen Bereichen der Berliner Verwaltung diskutiert. Es wurden sogar weitere Mittel bereitgestellt, um die Umsetzung voranzubringen. ver.di wird an diesem Thema jedenfalls dran bleiben, da bin ich sicher.



Michael Gümbel,
Sujet, im Interview

Die vau sowie weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

Finanzkrise für Anfänger



Während Politiker über Banken und Spekulanten einen riesigen Schutzschirm ausge-spannt haben und Milliardenbürgschaften zur Verfügung stellen, wird von Gewerkschaften erwartet, sich bei Lohnforderungen zurück-zuhalten. Das ist Unsinn, denn wenn das eine Bein hinkt (Export), muss das andere gestärkt werden (Binnennachfrage).

Wir staunen alle immer noch über das, was so geht und nicht geht in der Finanzwelt. Hier nun ein Erklärungsmodell zur Finanzkrise, das jeder versteht:

Mandy besitzt eine Eckkneipe in Berlin-Kreuzberg. Um den Umsatz zu steigern, beschließt sie, die Getränke der chronisch klammen Stammkundschaft auf den Deckel zu

nehmen, ihnen also Kredit zu gewähren. Das spricht sich rum in Kreuzberg, und immer mehr Kundschaft drängt sich in Mandys Pinte. Da sich die Kunden um die Bezahlung keine Sorgen machen müssen, erhöht Mandy nach und nach die Preise und damit auch massiv ihren Umsatz. Der junge und dynamische Kundenberater der Bank gegenüber bemerkt Mandys Erfolg und bietet ihr eine unbegrenzte Kreditlinie an. Um die Deckung macht er sich keine Sorgen, er hat ja die Deckel der Gäste als Deckung und die Umsätze steigen ...

Zur Refinanzierung wandeln top ausgebildete Investmentbanker die Bierdeckel in verbrieftete Schuldverschreibungen mit den Bezeichnungen SPRITBOND, ALKBOND um. Diese Papiere laufen ab sofort unter der modernen Bezeichnung SPA (Super Prima Anleihen) – und werden bei einer usbekischen Online-Versicherung per E-Mail abgesichert. Daraufhin werden sie von mehreren Rating-Agenturen (gegen lebenslanges Freibier in Mandys Kneipe) mit ausgezeichneten Bewertungen versehen. Niemand versteht zwar genau, was die Abkürzungen der Papiere bedeuten oder was genau diese Papiere beinhalten, aber Dank steigender Kurse und der Erwartung hoher Renditen werden sie ein Renner für erst kleine, dann größere Hedgefonds. Vorstände und Investmentspezialisten der Bank erhalten Boni in Millionenhöhe.

Eines Tages, die Kurse steigen immer noch, stellt ein Risk Manager (der später wegen seiner negativen Grundeinstellung entlassen wird) fest, dass es an der Zeit sei, die ältesten Deckel von Mandys Kunden fällig zu

stellen. Überraschenderweise können weder die ersten noch alle weiteren Dauertrinker ihre Schulden, die inzwischen ein Vielfaches ihres Jahreseinkommens ausmachen, bezahlen. So sehr man sich auch bemüht, es kommt so gut wie keine Tilgung ins Haus.

Mandy macht Konkurs. SPRITBOND und ALKBOND verlieren 95 % ihres Werts. Die Lieferanten hatten Mandy extrem lange Zahlungsfristen gewährt und sich mit SPA-Anleihen bezahlen lassen. Der Wein- und der Schnapslieferant gehen in Konkurs, die Bierbrauerei wird dank massiver staatlicher Zuschüsse von einer ausländischen Investorengruppe übernommen. Die Bank wird durch Steuergelder gerettet. Der Bankvorstand verzichtet für das abgelaufene Geschäftsjahr großzügig und medienwirksam auf den Erfolgsbonus.

Der Staat sponsert zahlreiche Banken mit ähnlichen Papieren im Anlagevermögen mit Krediten und Bürgschaften. Dafür verwendet er im großen Stil Steuergelder und nimmt Kredite auf. Er rechnet damit, die Schulden mit späteren Steuereinnahmen bezahlen zu können. Die künftigen Steuerzahler wiederum haben oft selbst Schulden bei den Banken und wissen durch vermehrte Kurzarbeit und Gehaltskürzungen schon kaum, wie sie ihre Bankkredite bedienen sollen.

Wir zahlen letztlich die Zeche für Banken und Manager.

vau

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomass, antje.thomass@verdi.de

Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf,

Daniela Ortmann

Layout: Manfred Schultz

Herstellung: tableau GmbH

www.ver.di.de

www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06

www.bb-verdi.de

www.seitenweise-verdi.de

www.vau-online.de

Leserbriefe an: info@vau-online.de

